

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/56

25. März 1975

Disziplinierter Optimismus für den 4. Mai

SPD erwartet Bestätigung der Düsseldorfer Koalition

Seite 1 / 39 Zeilen

Zählt in der Politik nur die große Zahl?

Ein Unionsabgeordneter offenbart aufschlußreiche
Einstellung zu Minderheiten

Von Dr. Claus Arndt MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Seite 2 / 45 Zeilen

Axel Caesar Springers Doppelstrategie

Anmerkungen zu einem Presse-Phänomen

Seite 3 und 4 / 53 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Was ist sozialistische Lebensweise?

Von Dr. Martin Döhler

Hauptmann d.R. der Nationalen Volksarmee

Seite 5 und 6 / 71 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckert

5300 Bonn 12, Heussallee 2-10
Postfach: 120 406
Pressenhaus 1, Zimmer 217-224
Telefon: 22 60 37 - 38
Telefax: 08 95 846 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11

Disziplinierter Optimismus für den 4. Mai

SPD erwartet Bestätigung der Düsseldorfer Koalition

Nordrhein-Westfalens Ministerpräsident Heinz Kühn sieht dem Landtagswahltag vom 4. Mai 1975 mit "diszipliniertem Optimismus" entgegen. Dieser Termin ist inzwischen zu einem der innen- und koalitionspolitisch wichtigsten Zeitpunkte der Bundesrepublik geworden, weil er im Vorfeld der Bundestagswahl 1976 entscheidende Positionen absteckt. Die Bedeutung, die alle Seiten dem 4. Mai zurechnen, läßt sich vor allem auch in dem außerordentlich dichten Einsatz der prominentesten Politiker aus dem Lande und dem Bundesbereich ablesen. Das Ringen um die Wählerstimmen Nordrhein-Westfalens wird zu einer zentralen Aufgabe der großen Parteien.

Die SPD sieht sich nach dem Debakel der Landtagswahlen vor allem in Bayern durch die Wahlen in Berlin und in Rheinland-Pfalz in der Erwartung bestätigt, daß sie den Tiefpunkt überwunden hat und sich wieder auf dem Aufweg befindet. Die Landtagswahl vom 13. April in Schleswig-Holstein wird noch allen heute erkennbaren Merkmalen diesen Trend bestätigen, der zwar noch keine Tendenzwende ankündigt, aber eine gewichtige Stabilisierung für das Lager der Koalitionsparteien bedeutet.

Die innerparteiliche Antwort der SPD auf diese Entwicklung ist eine Wiederbelebung der Einsatzbereitschaft und des Enthusiasmus ihrer rd. 300.000 Mitglieder im Lande Nordrhein-Westfalen, die in diesem großen Maße nicht unbedingt vorauszusetzen gewesen war. Die SPD spürt aber noch dem Schock der Wahlverluste einen starken Aufwind, der sich insbesondere in den Industrieballungsgebieten mit der Erkenntnis trifft, daß der Kulminationspunkt der Arbeitslosigkeit und der Rezession überschritten ist. Die Zuversicht, daß es der Bundesregierung mit starker Unterstützung der Landesregierung gelingen werde, die Talfahrt abzubremßen und in eine wenn zuerst auch langsame Aufwärtsbewegung umzuwandeln, sieht sich bestätigt.

Ministerpräsident Heinz Kühn, der Spitzenkandidat der SPD im größten Land der Bundesrepublik, rechnet in aller Nüchternheit mit einer eindrucksvollen Bestätigung der sozialliberalen Koalition in Düsseldorf. Dieser Erfolg hängt nicht zuletzt von der ausreichenden Mobilisierung der Stammwählerschaft der SPD ab. Am 4. Mai 1975 kann die SPD beweisen, daß sie zur Stelle ist, wenn es darauf ankommt. Die Herausforderung durch Franz Josef Strauß hat Mitglieder und Sympathisanten zusätzlich alarmiert und aktiviert.

(e/25.3.1975/bgy/e)

+ + +

Zählt in der Politik nur die große Zahl?

Ein Unionsabgeordneter offenbart aufschlußreiche Einstellung zu Minderheiten

Von Dr. Claus Arndt MdB

Mitglied des Rechtsausschusses des Bundestages

Dieser Tage diskutierte der Bundestag in der Fragestunde abseits der großen Politik mit großem Ernst das Schicksal einer Minderheitsgruppe in unserer Gesellschaft. Es gibt nämlich unter uns einige tausend Menschen, die aufgrund bestimmter medizinischer Vorgänge vor ihrer Geburt im Mutterleib mit dem tragischen Schicksal belastet sind, ihrer äußeren körperlichen Erscheinung nach einem anderen Geschlecht zugeordnet zu werden, als dies ihrem seelisch-geistigen Leben entspricht.

Wir besitzen heute die gesicherte wissenschaftliche Erkenntnis, daß dieser körperlich-seelische Spannungszustand, der bei einer Anzahl unserer Mitbürger echten Krankheitswert erreicht, nur durch den chirurgisch-operativen Eingriff einer sogenannten Geschlechtsumwandlung zu lösen ist. Man nennt diese Menschen Transsexuelle. Eine derartige medizinische Maßnahme bleibt aber Stückwerk, wenn sie nicht zur vollen Rehabilitation und Eingliederung der Betroffenen in das gesellschaftliche Leben ergänzt wird durch die staatliche Genehmigung, in Zukunft ihr "neues" Geschlecht auch in allen amtlichen Urkunden und durch einen entsprechenden Vornamen zu dokumentieren. Hierzu ist die Änderung einiger gesetzlicher und Verwaltungsvorschriften erforderlich.

Als der Bundestag dies nun neulich diskutierte und die Bundesregierung durch den Parlamentarischen Staatssekretär beim Bundesinnenminister, Dr. Jürgen Schmude, erklärte, sie sei über die tragischen Konfliktsituationen unterrichtet, in der sich diese Menschen ohne ihr Verschulden befinden, und sei daher ernsthaft bemüht, hier nach gerechten Lösungen zu suchen, erhob sich von den hinteren Bänken der CDU/CSU-Fraktion ein Abgeordneter, der früher einmal Bundesminister gewesen war und einer liberalen Partei angehört hatte. Dr. Erich Mende fragte die Bundesregierung, ob sie im Hinblick auf die "61 Millionen Menschen in der Bundesrepublik Deutschland" in der Lage sei, die Zahl der Betroffenen zu nennen, so daß man die Frage entscheiden könne, ob es wirklich von allgemeinem Interesse auch für den Deutschen Bundestag sei, wenn man dort über das in Art. 2 unseres Grundgesetzes niedergelegte Grundrecht der freien Entfaltung der Persönlichkeit diskutieren sollte.

Dieser Vorgang sollte nicht in den Protokollen des Bundestages versinken. Der eigentliche Gegenstand der Diskussion war zwar ein sehr ernstes und schwieriges Problem, das des Nachdenkens für alle Bürger wert ist. Darüber sollte man aber auch die Entgleisung eines Abgeordneten angemessen vermerken, der das Problem der Sicherung von Grundrechten zu einem Problem der kleinen Zahl macht. Als ob die Beseitigung körperlichen oder seelischen Leidens von Menschen oder die Frage der Gewährleistung ihrer Grundrechte eine Frage der Quantität der Betroffenen sei. Mehr mangelndes Verfassungsverständnis und mehr Menschenverachtung als dieser Abgeordnete einer sich christlich nennenden Partei kann man wahrlich kaum in einem Satz unterbringen. Unnötig zu erwähnen, daß Dr. Mende sich von der Bundesregierung noch belehren lassen mußte, daß die Bundesrepublik nicht 61, sondern 62 Millionen Einwohner hat.

(-/25.3.1975/ogy/pr)

+ * + +

Axel Cäsar Springers Doppelstrategie

Anmerkungen zu einem Presse-Phänomen

Aus dem 30jährigen Krieg ist die Tatsache überliefert, daß einige hamburgische Kaufleute gleichzeitig die protestantische und die katholische Partei mit Waffen belieferten. Von dieser Art scheint auch der Hamburger Verleger - nicht gegen Hamburger oder Verleger im allgemeinen - Axel Cäsar Springer zu sein. "Seid nett zueinander", lautet der Werbespruch seines "Hamburger Abendblattes". Als Sprechrohr der latenten Neigung zur Gewalt hingegen betätigten sich Springers "Bild am Sonntag" und "Die Welt" zur Zeit der Studentenunruhen der späten 60er Jahre, bis hin zur "Aufforderung zur Gewalt" (vgl.) Hans Dieter Müller: "Der Springer-Konzern".

"Moral" wird im Leserteil der Springer-Presse ganz groß geschrieben - aber im Anzeigenteil von Springers "Berliner Zeitung" darf ein Berliner "Salon Ilona" annoncieren: "Dem Liebhaber der strengen Massage wird in den dunklen Räumen des Folterkellers auf der Streckbank in den Fängen von rücksichtslosen Lederdamen mit Rute und Peitsche die entspannende Spezialbehandlung geboten".

In Sonderkolumnen von "Bild am Sonntag" läßt Axel Springer den großen "Marxisten"-Fresser von Sonthofen und Passau/Vilshofen vor Deutschlands rotem Untergang warnen - andererseits macht Springer Jahr um Jahr mit Karl Marx Geschäfte, indem er seinen Ullstein-Verlag beispielsweise "Das Kapital" publizieren läßt. In seinen Zeitungen unterstützt Springer die Polemik der CDU/CSU gegen angebliche "rote Kaderechmielen" an den Uni-

versitäten; im Ullstein-Buch Nr. 2854 läßt er den Klassiker der historisch-materialistischen Literaturkritik Franz Mehring zu Wort kommen.

Mehr noch: Anarchistische Gewalttäter können auch und gerade aus einer Veröffentlichung des Springer-Konzerns ihre Inspirationen und ihre Anleitung zum Handeln bezogen haben. In dem Ullstein Buch Nr. 2846 (Michail Bakunin; "Staat und Anarchie") findet man beispielsweise die Kapitel "Prinzipien und Organisation einer Geheimgesellschaft" und "Programm und Reglement der Geheimorganisation". Die Fememörder, die den ihnen abtrünnig gewordenen Anarchisten Schmücker im Berliner Grunewald umbrachten, könnten sich jedenfalls auf Bakunins Wort berufen: "Sobald ein internationaler Bruder von unseren Revolutionsgerichten als Verbrecher, als infamer Verräter geächtet und der Rache der Gesellschaft ausgeliefert wurde, müssen alle anderen Brüder nicht nur alle Beziehungen mit ihm abbrechen, sondern auch seine erbitterten Feinde und Verfolger werden, nötigenfalls bis zum Tod" (S. 50).

Und wenn Bakunin schreibt: "Die Revolution, wie wir sie verstehen, muß vom ersten Tag an den Staat und alle Staatseinrichtungen radikal und vollständig zerstören" - ist das nicht genau das Baader-Meinhof'sche Banden-Rezept? Nun könnte man mit Recht einwenden, die Terroristen hätten sich auch anderweitig inspirieren lassen können. Gewiß. Aber daß in dem großen Gemischtwarenladen des Axel Cäsar Springer neben Strauß und der Prostitution auch der Anarchismus gehandelt wird, ist vermutlich nur mit dem Sprichwort zu erklären, daß Geld nicht stinkt.

Dazu sagte auch der hessische CDU-Landesvorsitzende Dr. Alfred Dregger am 13. März 1975 in der Sicherheitsdebatte des Deutschen Bundestages: "Es verstößt auch nicht gegen die Meinungs- und Pressefreiheit, wenn das Propagieren von Gewalt, die Anleitung zum Mord, zum Herstellen von Bomben in Zukunft unter Strafe gestellt wird. Was auf diesem Felde, sei es aus gewissenloser Profitgier oder in einer politkriminellen Absicht, auf dem deutschen Markt angeboten wird, ist gemeingefährlich und muß endlich unter Strafe gestellt werden".

(-/25.3.1975/ri/pr)

* * *

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Was ist sozialistische Lebensweise?

Von Dr. Martin Döbler
Hauptmann d.R. der Nationalen Volksarmee

Im vollen Wortlaut zitiert nach "Die Volksarmee"/Ostberlin
Ausgabe 10/75 vom 3. März 1975:

Zunächst sagt der Begriff Lebensweise aus, daß hier nicht von einzelnen Seiten unseres Lebens die Rede ist, sondern von der Gesamtheit menschlicher Lebenstätigkeiten in allen wesentlichen Bereichen. Es geht um praktisch wirksame Denk- und Verhaltensweisen und vor allem um jene sozialen Beziehungen, die mit diesen Tätigkeiten gesetzmäßig zwischen den Menschen, zwischen dem einzelnen und dem Kollektiv entstehen. In diesem Sinne ist die Stellung des Menschen in der sozialistischen Gesellschaft, die Entwicklung und schöpferische Nutzung seiner Fähigkeiten kennzeichnend für die sozialistische Lebensweise. Jede Gesellschaftsformation bringt die ihr eigene Lebensweise hervor.

Das Wesen unserer sozialistischen Lebensweise ist durch ihre untrennbare Einheit mit der sozialistischen Produktionsweise bestimmt. Mit der im Imperialismus herrschenden und auf vielfältige Weise als Waffe gegen den real existierenden Sozialismus eingesetzten Lebensweise ist sie unvereinbar. Die bewußte Herausbildung dieser neuen Art zu leben, ist ein Feld zunehmenden erbittert geführten Klassenkampfes. Deshalb bedarf sie der planmäßigen Leitung, der Erziehung und Selbsterziehung.

Bei können wir davon ausgehen, daß es sich ja um die Lebensweise sozialistischer Eigentümer der Produktionsmittel handelt. Unter Führung der Arbeiterklasse und ihrer revolutionären Partei entwickelt sich die sozialistische Lebensweise im Maßstab der ganzen Gesellschaft. Im Gegensatz zur Zerrissenheit der antagonistischen Klassengesellschaft bildet sich damit eine Art und Weise der Lebenstätigkeit heraus, die für alle

Klassen und Schichten einheitlich ist. Diese Entwicklungstendenz ist auch in allen anderen Staaten der sozialistischen Gemeinschaft nachweisbar. So macht die Einheit von sozialistischem Patriotismus und proletarischem Internationalismus einen weiteren wesentlichen Zug der neuen Lebensweise aus.

Die Herausbildung der sozialistischen Persönlichkeit und ihrer Lebensweise ist Ziel und Erfordernis der weiteren gesellschaftlichen Entwicklung zugleich. Deshalb braucht jeder zuverlässige Maßstäbe und Normen seines Verhaltens, wie sie nur die marxistisch-leninistische Weltanschauung und die Moral der Arbeiterklasse zu bieten vermögen. Er braucht diese Maßstäbe am Arbeitsplatz und während des Dienstes ebenso wie für die Gestaltung sozialistischer Beziehungen im Kollektiv. Von hier strahlen wichtige Impulse für die Durchsetzung sozialistischer Denk- und Verhaltensweisen auch in den Freizeitbereich, in das Familienleben usw. aus und wirken von dort zurück auf die Arbeitsephäre.

Die Herausbildung der sozialistischen Lebensweise ist - da niemand mehr verbrauchen kann, als produziert wurde - nicht von der konsequenten Durchsetzung des Leistungsprinzips und der sorgfältigen Rechnungslegung und Kontrolle zu trennen. Dabei geht es uns sowohl um ein wachsendes materielles Lebensniveau als auch um die ständige Entwicklung des geistig-kulturellen Profils der Persönlichkeit, um ihre weltanschauliche und fachliche Bildung ebenso wie um die künstlerische Erlebnis- und Genußfähigkeit.

Sicherlich ist es nicht immer einfach, diese neuen, objektiv gegebenen Möglichkeiten auch für sich selbst zu verwirklichen, aber unsere Gesellschaft läßt niemand mit seinen Problemen allein. Sie schafft eine Atmosphäre sozialer Sicherheit und Geborgenheit für alle, die mit wachsender Lebensfreude einhergeht.

Der Sozialismus bringt also eigene, seinem Wesen gemäßige Vorstellungen über den Sinn des Lebens, über die Lebensweise hervor. Ihre Verwirklichung erweist sich in der Praxis zunehmend als eine Quelle neuer Initiativen und wachsender Bereitschaft zu schöpferischer Mitarbeit bei der allseitigen Stärkung und zuverlässigen Sicherung unserer sozialistischen Gesellschaft.

(-/25.3.1975/r1/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Freller